Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 55 (1961)
Heft: 6

Artikel: Der Druck auf Kennedy
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140579

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Warum sehen wir immer «rot» aus?

Der Delegierte Mr. Boumboya aus Guinea, Westafrika, gab am 17. April vor der UNO einen interessanten Kommentar zur Agrarrevolution auf Kuba, die in den USA bekanntlich «kommunistisch» genannt wird. Mr. Boumboya macht verständlich, warum diese jungen Völker immer als «rot» gelten.

Staaten, die im Begriff sind, die kolonialen Fesseln abzuwerfen, entdecken sehr bald, daß ihre Wirtschaft, dank der Ausbeutung durch fremde Mächte, den Notwendigkeiten ihrer nationalen Existenz in keiner Weise angepaßt ist. Monokultur oder ausschließlich auf die Produktion einer bestimmten Kulturpflanze (Kaffee, Zuckerrohr, Tabak, Gummi, zum Beispiel) eingestellte Wirtschaft ist charakteristisch für die unterentwickelten Länder. Eine revolutionäre Regierung, wenn sie *eine umfassende wirtschaftliche Entwicklung fördern will*, ist gezwungen, den kolonialen Typus der Produktion radikal zu ändern. Nur so kann sie die Produktion steigern und die Industrialisierung des Landes durchführen.

Angesichts der Klagen über kommunistische Infiltration, die laut werden, sobald ein unterentwickeltes Land zu kühnen Reformen übergeht, sollte man sich darüber klar sein, daß die Maßnahmen, die nach der Machtübernahme ergriffen werden, nur die unausweichlichen Folgen einer Existenz der Abhängigkeit und der Enttäuschung sind und daß solche Maßnahmen ihre Stoßkraft aus den Forderungen des bisher unter dem feudalistischen Regime schmachtenden Volkes herleiten. In Ländern, wo die nationale Wirtschaft unter der Kontrolle fremder Interessen steht, ist Elend und Armut das Los der Eingeborenenbevölkerung, deren Arbeitskraft sich in der Beschaffung von Rohstoffen für die weitere Ausdehnung der Trusts erschöpft.

Wenn es sich darum handelt, die Kultur neuer Pflanzen einzuführen, die den Bedürfnissen der Leute entspricht; wenn wir der Ausbeutung der Landarbeiter ein Ende setzen und deren Folge, die katastrophale Unterproduktion des Landes, überwinden wollen, dann müssen unsere jungen, noch kaum flüggen Regierungen notwendigerweise die historische Verantwortung für Akte übernehmen, die ihnen mancherorts einen üblen Ruf eintragen.

I. F. Stone's Weekly, 24. April 1961

Der Druck auf Kennedy

Was wir über die autoritäre Tendenz der amerikanischen Außenpolitik andernorts feststellen, wird bestätigt durch einen wohldokumentierten Artikel *General H. B. Hesters* im «*Churchman*» (Juni 1961).

In seiner Abschiedsbotschaft vom 17. Januar 1961 warnte *Präsident Eisenhower* seine Landsleute: «Nur eine wache und wohlinfor-

mierte Bürgerschaft kann erzwingen, daß unsere riesige industrielle und militärische Maschinerie im Zaum gehalten wird, *so daß Sicherheit und Freiheit nebeneinander gedeihen können.»* Kurz vorher war in einer Broschüre, betitelt *«Die Angstgemeinschaft»* (The Community of Fear), die vom Studienzentrum für demokratische Institutionen in Kalifornien herausgegeben wurde, die aufsehenerregende Feststellung erschienen, daß *«die (amerikanische) militärische Elite durchaus in der Lage sei, Befehlsgewalt über die gesamten US-militärischen Streitkräfte (striking forces) an sich zu reißen, falls sich in der Außenpolitik der Regierung Anzeichen von ‚Schwäche' zeigen sollten».*

Schon zwei Monate nach der Abschiedsbotschaft Eisenhowers berichtete die Kongreßzeitschrift (*«Congressional Quarterly»*), daß Washington den Warnungsruf Eisenhowers über den «ungerechtfertigten Einfluß» eines «militärisch-industriellen Interessenverbandes» schon beinahe vergessen habe («New York Times», 25. März 1961). Die Zeitschrift stellt fest, daß sich im Kongreß sofort eine starke Opposition gegen die von der neuen Regierung vorgesehene Aufhebung unnötiger militärischer Posten erhob, ebenso wie gegen die radikale Beschneidung militärischer Projekte, deren Realisierung als nicht mehr im nationalen Interesse liegend betrachtet wurde. Es handelte sich um das übliche Zusammenwirken von Militärs, Industriellen, Arbeiterführern und einigen andern Persönlichkeiten, die daran interessiert sind, zu ihrem eigenen Vorteil, wenn auch nicht im Interesse des Landes sogenannte Verteidigungsprojekte weiter zu vermehren.

Alle diese Warnungen vor kommenden Gefahren sind begründet, doch bieten sie leider keine Lösung. Präsident Eisenhower mußte wissen, daß es eine «wohlinformierte Bürgerschaft» in diesem Klima des Kalten Krieges nicht geben kann. Es war sogar seine eigene Regierung, die die größten Fortschritte in der Verheimlichung von Regierungsmaßnahmen zu verzeichnen hatte. Die Protokolle der Kongreßverhandlungen sind oft unverständlich infolge der zahlreichen Lücken, die aus «Sicherheitsgründen» entstanden. Der Präsident weiß offenbar herzlich wenig und der Kongreß sozusagen gar nichts von den Machinationen der CIA. Der U-2-Zwischenfall vom 1. Mai 1960 ist dafür ein sprechendes Beispiel.

Die amerikanische Öffentlichkeit muß sich darüber klar sein, daß das erste Opfer eines Kalten oder Heißen Krieges die Wahrheit ist. Es ist heute ganz einfach nicht erlaubt, die Wahrheit über einen Gegner auszusprechen, außer wenn sie schlecht lautet. Die Informationsmöglichkeiten über wirklich kritische Gebiete wie Kuba oder China schließlich sind, infolge der gouvernementalen Reisekontrolle, auf ein Mindestmaß beschränkt. Red.